DEUTSCHER BUNDESTAG
13. Wahlperiode
Enquete-Kommission
"Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit"

Kurzprotokoll Nr. 1

NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH!

Kurzprotokoll

der 1. (konstituierenden) Sitzung der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit"
am Freitag, dem 30. 6. 1995, 11.40-12.30 Uhr
in Bonn, Bundeshaus, Raum P 27

Vorsitz: Präsidentin Prof. Dr. Rita Süssmuth (bis 11.55 Uhr)
Abg. Rainer Eppelmann (ab 11.55 Uhr)

Tagesordnung:

1. Konstituierung der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit"
2. Verschiedenes

Freitag d. 30. Juni 95 11 30

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit"

Ordentliche Mitglieder der Enquete-Kommission	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder der Enquete-Kommission	Unterschrift
Abgeordnete(r)		**Abgeordnete(r)**	
CDU/CSU		**CDU/CSU**	
Büttner, Hartmut	.....	Brudlewsky, Monika	.....
Eppelmann, Rainer	.....	Dehnel, Wolfgang	.....
Meschyk, Hartmut	.....	Dr.-Ing.Jork, Rainer	.....
Kuhn, Werner	.....	Link (Diepholz),Walter	.....
Selle, Johannes	.....	Frhr.v.Schorlemer, Reinhard	.....
SPD		**SPD**	
Gleicke, Iris	.....	Braune, Tilo	.....
Hilsberg, Stephan	.....	Kressl, Nicolette	.....
Meckel, Markus	.....	Kurzhals, Christine	.....
Vergin, Siegfried	.....	Spiller, Jörg-Otto	.....
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**	
Poppe, Gerd	.....	Häfner, Gerald	.....
F.D.P.		**F.D.P.**	
Dr. Ortleb, Rainer	.....	Dr.Schmidt-Jortzig, Edzard	.....
PDS		**PDS**	
Dr. Elm, Ludwig x)	.....	Kutzmutz, Rolf x)	.....

Enquete - Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur"

als sachverständige Mitglieder:

Karl-Wilhelm Fricke .....

Prof.-Dr. Hermann Klenner x) .....

Prof.-Dr. Peter M. Huber .....

Prof.Dr. Peter Maser .....

Dr. Patrick Moreau .....

Dirk Hansen .....

Prof. Dr. Manfred Wilke .....

---

x) mitwirkende Mitglieder und Sachverständige

Freitag d. 30. Juni 95 11 30

Enquete-Komm. "SED-Diktatur"

Fraktions- und Gruppen-vorsitzende:	**Vertreter:**
CDU/CSU	.....
SPD Dr. Gysi	.....
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	.....
F.D.P.	.....
PDS	.....

Fraktions- und Gruppen-mitarbeiter: (Name bitte Druckschrift)	**Fraktion/Gruppe:**	**Unterschrift**
F.D.P.	Stocke	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....

Freitag d. 30. Juni 98 11 30

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (in Druckschrift, nicht abgekürzt)	Unterschrift
BMI	Kaack, H.-J.	RL	Kaack
BMI	Witzlau	MinDirig	

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (Druckschrift, nicht abgekürzt)	Land
Koser	Koser	VA'e	MV

TAGESORDNUNGSPUNKT 1

Konstituierung der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit"

Die Präsidentin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden sehr herzlich. Es sei ihr eine große Freude, nun schon zum zweiten Mal eine Enquete-Kommission einsetzen zu können, die sich im weitesten Sinne mit der deutschen Teilungsgeschichte beschäftige. Es sei folgerichtig, daß die Kommission der 13. Wahlperiode, wie es schon in ihrem Titel zum Ausdruck komme, einen neuen Aspekt in den Vordergrund stellen wolle, nämlich den gegenwarts- und zukunftsbezogenen der Beseitigung der Teilungsfolgen im Rahmen des Einigungsprozesses. Sie danke allen Mitgliedern, insbesondere auch den Sachverständigen, daß sie sich an dieser ebenso spannenden wie schwierigen Aufgabe beteiligen wollen. Sie hoffe und sei der festen Überzeugung, daß die Kommission der 13. Wahlperiode ebenso erfolgreich arbeiten werden wie diejenige der 12. Wahlperiode.

Gelegentlich werde in der Öffentlichkeit die Frage gestellt, ob die Aufarbeitung der Vergangenheit überhaupt sinnvoll sei. Sie persönlich halte es für eine große Leistung, wenn, wie es die frühere Kommission beispielhaft demonstriert habe, in der Gesellschaft die Kraft aufgebracht werde, sich gemeinsam mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Allerdings dürfe diese Auseinandersetzung nicht zur Spaltung führen. Ziel müsse es vielmehr sein, die Menschen mit ihren unterschiedlichen Biographien und die Gesellschaft zusammenzuführen. Unabdingbare Voraussetzung für die uns allen obliegende Aufgabe, Einheit zu stiften, sei die Ermittlung der Wahrheit. Dies sei der Kommission der 12. Wahlperiode in beeindruckender Weise und in fairem menschlichem Umgang miteinander, wobei die Vertreter der PDS ausdrücklich einzubeziehen seien, gelungen. Ihre Arbeit habe in der Öffentlichkeit eine außerordentlich große Resonanz gefunden, wie sie zuvor nur einer anderen Enquete-Kommission des Bundestages zuteil geworden sei. Deshalb freue sie sich, daß die Veröffentlichung der Materialien haushaltsmäßig auf den Weg gebracht worden sei und voraussichtlich noch in diesem Jahr erfolgen werde.

Aufgabe der Enquete-Kommissionen sei gemäß § 56 der Geschäftsordnung die "Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe". Diese Kommissionen seien Institutionen der Politikberatung, dürften sich aber nicht selbst zu eigenständigen Forschungsinstituten entwickeln. Der in Gesellschaft und Wissenschaft vorhandene Sachverstand solle zur Qualitätssteigerung der politischen Beratung und der Vorbereitung parlamentarischer Entscheidungen verfügbar gemacht werden. Auf die Aufgabe der Enquete-Kommissionen, Handlungsempfehlungen für den Deutschen Bundestag

zu erarbeiten, wolle sie besonders hinweisen. Wichtig sei ihr auch, daß, wie es die Vorgängerkommission in vorbildlicher Weise getan habe, die Arbeitsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden; anderenfalls blieben oft wichtige und wertvolle Erkenntnisse unsichtbar.

Die Präsidentin weist auf den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 22.6.1995 zur Einsetzung der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" hin. Sie verliest die Namen der von den Fraktionen und der Gruppe als Mitglieder benannten Abgeordneten und bemerkt, daß die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so bald wie möglich ihre Vorschläge zur Benennung von Sachverständigen vorlegen sollten. Die Präsidentin stellt fest und erklärt, daß die Kommission beschlußfähig und damit konstituiert sei.

Die Präsidentin stellt weiter fest, daß gemäß einer interfraktionellen Vereinbarung der oder die Vorsitzende von der Fraktion der CDU/CSU, der oder die stellvertretende Vorsitzende von der Fraktion der SPD benannt werden solle. **Abg. Hartmut Koschyk** schlägt für den Vorsitz den Abg. Rainer Eppelmann, **Abg. Markus Meckel** für den stellvertretenden Vorsitz den Abg. Siegfried Vergin vor. Beide vorgeschlagenen Abgeordneten werden einstimmig in diese Ämter gewählt und nehmen die Wahl an. **Die Präsidentin** gratuliert den Abgeordneten Eppelmann und Vergin zu ihrer Wahl und wünscht der Kommission nochmals eine für unser Land gute und erfolgreiche Arbeit. Anschließend übergibt sie den Vorsitz an den Abg. Rainer Eppelmann und verabschiedet sich von der Sitzung.

TAGESORDNUNGSPUNKT 2

Verschiedenes

Der Vorsitzende gibt seiner Freude auf die Zusammenarbeit in der Kommission Ausdruck. Er hoffe, daß diese ebenso konstruktiv, erfolgreich und menschlich angenehm werde, wie sie es ganz überwiegend in der vergangenen Wahlperiode gewesen sei. In dieser Hinsicht stimme ihn die breite Übereinstimmung zwischen den Fraktionen im Vorfeld im Zusammenhang mit Erarbeitung und Diskussion des Einsetzungsbeschlusses vom 22.6.1995 sehr zuversichtlich. Ebenso freue er sich auf ein "differenziertes Dazulernen". Jedenfalls habe er - und dies wisse er auch von einigen Kollegen - durch die Kommission der 12. Wahlperiode vieles über die ehemalige DDR gelernt, was er 1989 noch nicht gewußt habe. Er begrüße auch die bereits im Titel der Kommission zum Ausdruck kommende leichte Veränderung der Thematik. Dadurch werde der Aspekt von der Vergangenheit mehr in Richtung auf eine gegenwarts- und zukunftsbezogene Betrachtungsweise gelenkt.

Der Vorsitzende stellt als neuen Leiter des Kommissionssekretariats Herrn RD Rolf Eising vor, der einige Worte zu seiner Person sagt.

Abg. Stefan Heym erklärt, er sei in dieser Sitzung nicht als Vertreter der PDS anwesend. Er sei gekommen, da der Abg. Hartmut Koschyk in der Plenardebatte über die Einsetzung der Kommission den Wunsch geäußert habe, daß er - Abg. Heym - sich an der Arbeit der Kommission beteiligen möge. Wenn es gewünscht und er eingeladen werde, sei er gern bereit, gelegentlich an Kommissionssitzungen teilzunehmen und seinen Beitrag zu leisten. Die Frage des Stimmrechts interessiere ihn dabei nicht, da über die Geschichtsschreibung nicht durch Abstimmungen entschieden werde. Er frage also, ob seine Anwesenheit hin und wieder gewünscht werde.

Der Vorsitzende entgegnet, gemäß der Geschäftsordnung habe jeder Bundestagsabgeordnete das Recht, an öffentlichen Sitzungen als Zuhörer teilzunehmen. Reden dürften aber nur die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder der Kommission.

Abg. Hartmut Koschyk führt aus, er habe in der Plenardebatte den Wunsch nach Mitwirkung des Abg. Heym insbesondere angesichts dessen beachtlichen Wortbeitrages in dieser Debatte geäußert. Deshalb bedauere er es sehr, daß die Gruppe der PDS ihn weder als ordentliches noch als stellvertretendes Mitglied benannt habe. Zwar sei jede Fraktion und Gruppe in der Benennung ihrer Vertreter frei, doch bitte er die PDS, diese Entscheidung nochmals zu überdenken. Darum bitte er um so mehr, als er mit der Benennung des Abg. Kutzmutz als stellvertretendes Mitglied persönlich sehr große Probleme habe. In der Kom-

missionsarbeit der 12. Wahlperiode habe die Praxis bestanden, daß niemand zum Beispiel mit der Abfassung einer Expertise beauftragt worden sei, dem die Gauck-Behörde eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit nachgewiesen habe. Damals habe es ein erfreuliches und fruchtbares Zusammenwirken mit den Vertretern der PDS - dem Abg. Dr. Dietmar Keller, der am 17.6.1994 eine sehr gute Rede gehalten habe, und dem Sv. Prof. Wolf - gegeben. Wenn aufgrund der bisher von der PDS getroffenen Personalentscheidung diese Praxis nicht fortgesetzt werde, so sei dies außerordentlich bedauerlich. Aus den genannten Gründen richte sich die Frage der Mitwirkung des Abg. Heym in erster Linie nicht an die Kommission, sondern an die Gruppe der PDS.

Abg. Markus Meckel erklärt, für ihn habe sich Stefan Heym zu Zeiten der DDR hohe Glaubwürdigkeit und Autorität erworben. Er sähe es deshalb gern und könne es sich als sehr hilfreich vorstellen, wenn dieser sich an der Kommissionsarbeit beteiligen würde. Allerdings könne dies nur im Rahmen der Geschäftsordnung geschehen. Wenn deswegen eine ständige Teilnahme des Abg. Heym nicht möglich sein sollte, so könne die Kommission daran denken, ihn hin und wieder gezielt als Gast einzuladen. Die Benennung des Abg. Kutzmutz als stellvertretendes Mitglied habe auch er mit Betroffenheit und Befremden zur Kenntnis genommen und empfinde er als eine Belastung der Arbeit. Zwar erkenne er die Souveränität jeder Fraktion und Gruppe für ihre Benennungen an, doch bedauere er diese Personalentscheidung insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Vertreter der PDS in der 12. Wahlperiode intensiv mitgearbeitet hätten. Aus öffentlichen Äußerungen des Abg. Kutzmutz habe er den Eindruck gewonnen, daß dieser der Meinung sei, eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit sei in der ehemaligen DDR normal und üblich gewesen. Diese Auffassung weise er als Verhöhnung der ganz großen Mehrheit der DDR-Bevölkerung entschieden zurück, auch wenn er bei der Beurteilung solcher Verhaltensweisen nicht die Kategorisierungen des MfS übernehmen, sondern stets eine Einzelfallprüfung durchführen wolle. Er stelle an die Kommission die Frage, ob sie sich zu der Benennung des Abg. Kutzmutz gemeinsam äußern wolle.

Abg. Dr. Ludwig Elm teilt mit, daß die Gruppe der PDS ihre Personalentscheidungen souverän getroffen habe. Der Entscheidungsprozeß sei zur Zeit der Plenardebatte bereits weit fortgeschritten gewesen. Die Teilnahme seines Kollegen Stefan Heym an dieser Sitzung beruhe ausschließlich auf der in dieser Plenardebatte ausgesprochenen Einladung des Abg. Koschyk. Die Ausführungen, die zur Geschäftsordnung gemacht worden seien, müsse er zur Kenntnis nehmen. Er frage die Kommission, ob die Geschäftsordnung die Möglichkeit einer gelegentlichen Mitarbeit des Abg. Heym zulasse, damit dieser seine Persönlichkeit und seine Lebenserfahrung einbringen könne. Eine Teilnahme als bloßer Zuhörer ohne Rederecht sei nicht zumutbar.

Bei der Benennung ihrer Vertreter sei die Gruppe der PDS von der gleichen Berechtigung und Legitimation aller Abgeordneten ausgegangen. Die Kommission müsse sich dessen bewußt sein, daß ihre Thematik, die DDR-Vergangenheit, in vielen Mitgliedern als Personen präsent sei, was besonders auf die Mitglieder der PDS zutreffe. Für die Benennung des Abg. Kutzmutz habe eine wichtige Rolle gespielt, daß dieser ein kompetenter Fachmann für den zu erwartenden Schwerpunktbereich "Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik" sei.

Abg. Gerald Häfner äußert die Auffassung, es sei blamabel, daß die Gruppe der PDS nicht den Abg. Stefan Heym für die Kommission benannt habe. Stefan Heym habe sich durch seine kritischen Äußerungen während der gesamten Zeit der DDR auch bei vielen Menschen im Westen - auch bei ihm selbst - hohe Anerkennung erworben. Er sei wie kein anderer prädestiniert, mit seinen Erkenntnissen und Erfahrungen die Kommissionsarbeit zu bereichern. Deshalb bitte er die Gruppe der PDS sehr nachdrücklich, über diese Frage nochmals nachzudenken und eine Entscheidung mit politischer Bedachtsamkeit zu treffen. Falls die PDS sich gegen eine Benennung des Abg. Heym entscheiden sollte, müsse dies politisch bewertet werden. Erst dann sollte die Kommission ihrerseits entscheiden, in welcher Weise sie den Abg. Heym an ihrer Arbeit beteiligen wolle. Seines Erachtens sollte er zu allen öffentlichen Sitzungen eingeladen werden und auch Rederecht erhalten.

Abg. Rolf Kutzmutz erklärt, es sei ihm bewußt, daß seine Benennung zu Irritationen und zu Befremden führen könne. Er habe seine Bereitschaft erklärt, da er - wie stets seit 1989 - keine öffentliche Auseinandersetzung um seine Person scheue, auch wenn sie ihm persönlich weh tue. Er habe niemals behauptet, daß seine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit, die es ausschließlich in den Jahren von 1971 bis 1974 gegeben habe, ein in der DDR ganz normales Verhalten gewesen sei. Allerdings gehöre diese Zusammenarbeit zu seiner Vergangenheit, zu der er stehe und die er nicht leugnen könne und wolle. Er wolle ausdrücklich erklären, daß er zu einer konstruktiven Zusammenarbeit in der Kommission im Rahmen seiner Möglichkeiten bereit sei.

Abg. Stefan Heym trägt vor, daß er vor der während der Plenardebatte durch den Abg. Koschyk ausgesprochenen Einladung nicht die Absicht gehabt habe, sich an der Kommissionsarbeit zu beteiligen. Er denke auch nicht daran, die Benennungen der Abgeordneten Dr. Elm und Kutzmutz durch die Gruppe der PDS in Frage zu stellen. Wenn die Kommission seine Beteiligung wünsche, so würde er eine Einladung erwarten und wäre dann bereit, gelegentlich - wenn er es in seinem und im Interesse der Kommission für nützlich erachte - als Gast, nicht als Mitglied an Sitzungen teilzunehmen. Ohne ein Rederecht wäre eine solche Teilnahme allerdings sinnlos.
Er müsse gestehen, daß er, als er gehört habe, daß Abg. Kutzmutz Mitglied der PDS sei, zunächst ebenfalls Vorbehalte gehabt habe. Er habe dann mehrmals mit dem Kollegen

Kutzmutz gesprochen und festgestellt, daß dieser ein loyaler Mensch sei, der zur Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland stehe. Die Tatsache, daß dieser 3 Jahre lang mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammengearbeitet habe, müsse zwar zur Kenntnis genommen werden, sollte aber dem Abg. Kutzmutz nicht auf Dauer immer wieder vorgehalten werden. Er selbst tue dieses jedenfalls nicht, obwohl er - bis in seine Familie hinein - schlimme Erfahrungen mit dem MfS gehabt habe. Er beurteile vielmehr die Menschen nach dem, was sei seien, und nicht nach dem, was sie gewesen seien.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden **beschließt die Kommission**, die Frage der Beteiligung des Abg. Stefan Heym in der nächsten Kommissionssitzung erneut zu erörtern.

Der Vorsitzende teilt mit, daß im Kommissionssekretariat neben dem Leiter fünf wissenschaftliche Mitarbeiter, ein Sachbearbeiter, zwei Sekretärinnen und bis zu vier studentische Hilfskräfte arbeiten werden. Er freue sich, daß zusätzlich auch Frau Dr. Jansen - die bereits in der 12. Wahlperiode und zur Zeit im Zusammenhang mit der Herausgabe der Edition der Materialien verdienstvolle Arbeit geleistet habe und leiste - im Sekretariat mitarbeiten könne und werde. Die Räume des Sekretariats seien zusammenhängend in der 7. Etage des Gebäudes Dreizehnmorgenweg 38 gelegen, was zwar wegen der relativ großen Entfernung zu Vorsitzendem und stellvertretendem Vorsitzenden nicht ganz glücklich, aber aus faktischen Gründen nicht zu ändern sei.

Abg. Markus Meckel stellt die Frage, ob die Kommission in dieser Sitzung eine gemeinsame bewertende Äußerung zur Benennung des Abg. Kutzmutz durch die PDS beschließen wolle.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden **beschließt die Kommission**, diese Frage bis zur nächsten Kommissionssitzung zurückzustellen. Zunächst solle der Gruppe der PDS die Gelegenheit gegeben werden, diese Personalentscheidung nochmals zu erörtern und gegebenenfalls neu zu beschließen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß Prof. Dr. Alexander Fischer, Mitglied der Kommission der 12. Wahlperiode, am 24.6.1995 verstorben sei. Er verliest die ihm zugegangene Traueranzeige und ein Kondulenzschreiben, das er persönlich und im Namen der Mitglieder der ehemaligen Kommission an die Witwe von Prof. Fischer gerichtet hat.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden **beschließt die Kommission**, daß die Kommissionssitzungen, die in Sitzungswochen in Bonn abgehalten werden, vorbehaltlich der Zustimmung der Präsidentin regelmäßig donnerstags um 18.30 Uhr stattfinden sollen. Als Termin für die nächste Kommissionssitzung wird Donnerstag, der 21.9.1995, 18.30 Uhr bestimmt.

Prof. Dr. Rita Süssmuth
(Präsidentin)

Rainer Eppelmann
(Vorsitzender)